

Ziele sollen formuliert werden

Gemeinderat Weingarten spricht sich für eine städtebauliche Rahmenplanung aus

Von unserer Mitarbeiterin
Marianne Lothar

Weingarten. Was ist praktischer, billiger und im Endeffekt gerechter? Die Gemeinde Weingarten mit einem Netz von Bebauungsplänen zu überziehen oder ihr einen Rahmenplan der städtebaulichen und verkehrlichen Entwicklung zu geben?

Ersteres würde der Verwaltung eine Unmenge Arbeit aufbürden und Kosten in siebenstelliger Höhe verursachen, erklärte Bürgermeister Eric Bänziger. Nicht nur darum entschied sich der Gemeinderat einstimmig für Letzteres.

Weniger als die Hälfte der bebauten Fläche der Gemeinde ist mit Bebauungsplänen belegt, auf den übrigen Flächen wirkt bei einem Baugesuch der Paragraph 34 Baugesetzbuch, der „Einfügen in die nähere Umgebung“ fordert. Jedes einzelne Baugesuch müsse geprüft, diskutiert und beschieden werden.

Oft genug werde über diesen Paragraph „nach Tagesform“ entschieden, sagte Bänziger. Es sei aber erforderlich, Ziele zu formulieren, um zu einer Bebauung zu kommen, die allen gerecht werde.

Das letzte Grundsatzpapier stamme aus dem Jahr 2008, und seither habe sich viel verändert.

Das Gremium beauftragte den Planer Frank Gericke, eine mögliche Konzeption eines Rahmenplans zur Ortsentwicklung zu erarbeiten. Dieser gab in jüngster Sitzung bereits einige richtungsweisende Hinweise, welche Fragestellungen

„Zusammenhänge mit Blick von oben sehen“

dieser Rahmenplan aus städtebaulicher Sicht berücksichtigen sollte. Es ging um Standortbestimmung und Zielformulierung. „Wo stehen wir, wo wollen wir hin, wohin soll sich die Gemeinde entwickeln?“. Wo verlaufen die Außengrenzen? Sind Gärten im Innenraum potenzielle Nachverdichtungsflächen oder grüne Lungen? Was soll die Mitte von Weingarten bieten? Wo fließt der Verkehr?

Ein Rahmenplan gebe für alle diese Fragen Sicherheit, wobei er auch durchaus schon gestalterische Elemente bein-

halten könne, beispielsweise in welchen Straßenzügen Dachüberstände gefordert seien, erklärte Gericke. Es sei auch möglich, vorhandene Bebauungspläne zu harmonisieren, um somit Einheitlichkeit zu schaffen, beispielsweise „reines Wohngebiet“. Es sei sinnvoll, keine „Briefmarkenplanung“ vorzunehmen, sondern Zusammenhänge mit dem „Blick von oben“ zu sehen. Die Konzeption werde mit dem neu gewählten Gemeinderat in der Klausurtagung unter dem Stichwort „Agenda 2025“ besprochen, entschied Bänziger.

Dann soll auch die Art und Weise der Bürgerbeteiligung festgelegt werden. Die außerplanmäßige Ausgabe für das Honorar des Planers wurde einstimmig genehmigt. Klaus Holz Müller (FDP) sah in dieser Planung eine Hilfe für künftige Entscheidungen. Monika Lauber (Grüne) forderte eine stärkere Berücksichtigung von Fußgängern und Radfahrern. Gerhard Fritscher (CDU) befürwortete das Vorhaben als Richtlinie für den AUT, wollte nur nicht zu sehr ins Detail gehen und Wolfgang Wehowsky (SPD) wünschte sich als Ergebnis eine attraktive Ortsmitte.